



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT
Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Empfehlung

betreffend

Gewährleistung eines friedlichen Zusammenlebens in der Großregion durch Verbesserung der grenzüberschreitenden Ausbildung der Polizei in der Großregion

Der Interregionale Parlamentarierrat (IPR), zusammengetreten in seiner Plenarsitzung am 28. Juni 2019 in Saarbrücken und auf Vorschlag der Kommission 6 „Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste“ des IPR, die sich seit über 10 Jahren regelmäßig mit der grenzüberschreitenden Ausbildung der Polizei in der Großregion, wo die Menschen täglich grenzüberschreitend mobil sind, befasst;

die Berichte von Praktikern aus der Großregion zum Thema grenzüberschreitende Ausbildung der Polizei im Rahmen der Kommissionssitzung vom 28. Mai 2019 in Otzenhausen zur Kenntnis nehmend;

im Wissen, dass ein friedliches Zusammenleben in der Großregion und der Europäischen Union (EU) vom tagtäglichen Einsatz der Sicherheitsbehörden abhängt und dass sich Sicherheit nicht allein innerhalb von Landesgrenzen gewährleisten lässt, weshalb der internationalen und insbesondere der interregionalen Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden eine hohe Bedeutung zukommt und das gerade in der dichtbesiedelten Großregion, wie etwa der islamistisch motivierte terroristische Anschlag vom 11. Dezember 2018 in der Nähe des Straßburger Weihnachtsmarkts mit fünf Toten, der die Großregion zutiefst erschütterte, zeigt;

Kenntnis habend darüber, dass eine solche Zusammenarbeit nicht ohne fundierte eigene Fremdsprachenkenntnisse und ohne fundierte Kenntnisse über die Funktionsweise der jeweils anderen Seite möglich ist, weshalb die Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten der Großregion dies von Anfang gewährleisten muss;

als Reaktion auf die dringende Notwendigkeit, wirksame Strategien, Instrumente und Maßnahmen umzusetzen, um auch künftig ein friedliches Zusammenleben in der Großregion gewährleisten zu können;

setzt sich ein

- (1) für einen besseren grenzüberschreitenden Austausch in den Dienststellen;
- (2) für die Gewährleistung einer bereits während der Ausbildung engen Zusammenarbeit der Polizistinnen und Polizisten der Großregion sowie

deren Schulung von Beginn an in der Sprache und in den Rechtssystemen der Nachbarländer;

fordert

- (3) die Einrichtung gemeinsamer Aus- und Weiterbildungsmodule für die angehenden Polizistinnen und Polizisten der Großregion zur Gewährleistung einer erfolgreichen Zusammenarbeit;

beschließt

- (4) mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben;

und bittet

- (5) die Adressaten im Rahmen der 63. Plenarsitzung des IPR am 6. Dezember 2019 über die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Empfehlung zu berichten.

Der Interregionale Parlamentarierrat richtet diese Empfehlung an

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Wallonie,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten der Region Grand Est,
- den Regionalrat der Region Grand Est,

und an

- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien,
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
- die Europäische Kommission,
- das Europäische Parlament,
- die Europaabgeordneten aus der Großregion.

Saarbrücken, den 28. Juni 2019